

Datenschutzerklärung im Zusammenhang mit der Nutzung des Hinweisgebersystems der Südwestdeutsche Salzwerke AG

1. Unsere Datenschutzerklärung

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten hat bei der **Südwestdeutsche Salzwerke AG** einen hohen Stellenwert. Daher behandeln wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit Sie diese im Rahmen Ihrer Meldung über unser Hinweisgebersystem angeben, stets vertraulich und im Einklang mit den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz.

Diese Datenschutzerklärung gibt Ihnen über Art, Umfang und Zweck der von uns erhobenen, genutzten und verarbeiteten personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit unserem Hinweisgebersystem Auskunft. Weiterhin stellen wir in dieser Datenschutzerklärung dar, welche Rechte einer betroffenen Person im Zusammenhang mit Ihren personenbezogenen Daten zustehen **und welche Art von Informationen (Siehe Teilziffer 6 „Welche Informationen können über das Hinweisgebersystem gemeldet werden?“) über dieses Hinweisgebersystems abgegeben werden können.**

2. Begriffsbestimmungen

In unserer Datenschutzerklärung verwenden wir Begrifflichkeiten, die auch in der Datenschutz-Grundverordnung (folgend: „DSGVO“) verwendet werden. Um Ihnen das Lesen und Verstehen dieser Erklärung zu erleichtern, stellen wir die wichtigsten Begrifflichkeiten dar.

2.1 personenbezogene Daten

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

2.2 betroffene Person

Eine betroffene Person ist jede identifizierte oder identifizierbare natürliche Person, deren personenbezogene Daten von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet werden.

2.3 Verarbeitung

Verarbeitung ist jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der

Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

2.4 Einschränkung der Verarbeitung

Einschränkung der Verarbeitung ist die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken.

2.5 Pseudonymisierung

Pseudonymisierung ist die Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Weise, auf welche die personenbezogenen Daten ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen nicht mehr einer spezifischen betroffenen Person zugeordnet werden können, sofern diese zusätzlichen Informationen gesondert aufbewahrt werden und technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen, die gewährleisten, dass die personenbezogenen Daten nicht einer identifizierten oder identifizierbaren natürlichen Person zugewiesen werden.

2.6 Verantwortlicher oder für die Verarbeitung Verantwortlicher

Verantwortlicher oder für die Verarbeitung Verantwortlicher ist die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet. Sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden.

2.7 Auftragsverarbeiter

Auftragsverarbeiter ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

2.8 Empfänger

Empfänger ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger.

2.9 Dritter

Dritter ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle außer der betroffenen Person, dem Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter und den Personen, die unter der unmittelbaren Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters befugt sind, die personenbezogenen Daten zu verarbeiten.

2.10 Einwilligung

Einwilligung ist jede von der betroffenen Person freiwillig für den bestimmten Fall in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.

3. Name und Anschrift des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der DSGVO, sonstiger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltender Datenschutzgesetze und anderer Bestimmungen mit datenschutzrechtlichem Charakter ist die:

Südwestdeutsche Salzwerte AG

Salzgrund 67

74076 Heilbronn

Deutschland

4. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte hat folgende Anschrift:

Südwestdeutsche Salzwerte AG

Datenschutzbeauftragter

Salzgrund 67

74076 Heilbronn

Nutzen Sie für Ihre Anfragen in Bezug auf Datenschutz alternativ folgende E-Mailadresse: Datenschutz@salzwerke.de

5. IT-Sicherheit und Anonymität bei der Nutzung des Hinweisgebersystems

5.1 IT-Sicherheit

Das Hinweisgebersystem wird von der Schleupen SE („Schleupen“) gehostet, einer unabhängigen Partei, die die Sicherheit und Anonymität des Systems gewährleistet. Schleupen hat die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass personenbezogene Daten unbeabsichtigt oder widerrechtlich beschädigt werden oder verloren gehen und um die ungenehmigte Offenlegung oder den Missbrauch der personenbezogenen Daten zu verhindern. Die Verarbeitung personenbezogener Daten unterliegt strengen Kontrollen und Verfahren und erfolgt in Übereinstimmung mit anerkannten Praktiken in diesem Bereich. Alle

Daten werden verschlüsselt übertragen und gespeichert. Es werden keine unverschlüsselten Informationen über das offene Internet versendet.

5.2. Anonymität

Das Hinweisgebersystem protokolliert keine IP-Adressen und Geräte-IDs und verwendet keine Cookies. Wenn eine Meldung auf einem Computer im Netzwerk der Organisation erstellt wird, besteht die Gefahr, dass die besuchten Webseiten im Browserverlauf und/oder im Log der Organisation protokolliert werden. Dieses Risiko kann ausgeschlossen werden, indem die Meldung von einem Computer, der nicht mit dem Netzwerk der Organisation verbunden ist, gesendet wird. Wenn Sie Dokumente hochladen, sollten Sie sich bewusst sein, dass die Dokumente Metadaten enthalten können, die Ihre Identität offenbaren können. Daher sollten Sie vor dem Hochladen sicherstellen, dass alle identifizierenden Metadaten aus dem Dokument entfernt wurden. Es steht Ihnen frei zu entscheiden, ob Sie entweder einen anonymen Bericht oder einen Bericht mit personenbezogenen Daten machen möchten.

Wenn ein Meldender sich dafür entscheidet, nicht anonym zu bleiben, wird die Identität des Meldenden den Personen, die den Fall bearbeiten, bekannt.

In diesem Fall riskiert der Meldende, als Zeuge in einem Rechtsstreit aufgerufen zu werden, und die Anonymität des Meldenden kann dadurch aufgehoben werden.

Beachten Sie, dass, wenn Sie bei der Einreichung der Meldung weitere Informationen angeben, durch die Sie direkt oder indirekt identifizierbar sind, die Organisation diese Informationen bei der Bearbeitung des Falls auch verarbeiten wird.

Dies gilt auch, wenn Sie die Meldung anonym abgegeben haben.

6. Welche Informationen können über das Hinweisgebersystem gemeldet werden?

Sie können das Hinweisgebersystem nutzen, um im Wesentlichen Verstöße gegen Compliance-Richtlinien der Südwestdeutsche Salzwerte AG oder Gesetzesverstöße insbesondere nach dem Hinweisgeberschutzgesetz zu melden. Compliance versteht sich als die Gesamtheit der organisatorischen Vorkehrungen zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und interner Richtlinien.

Demnach können Meldungen im Zusammenhang mit folgenden Themen abgegeben werden:

- Meldungen von Rechtsverstößen nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
- Meldungen von Verstößen, die unter das Hinweisgeberschutzgesetz fallen
- Bestechung und Korruption
- Wettbewerbsrecht
- Betrug, Finanzkriminalität
- Lebensmittelsicherheit und -qualität
- Belästigung oder Diskriminierung
- internationalen Handelskontrollen
- dem Schutz personenbezogener Daten

- Rechten und Schutz von Personen, wie etwa, aber nicht beschränkt darauf, Verstöße gegen Vorschriften des Arbeits- sowie Gesundheitsschutzes oder allgemein der Sicherheit der Beschäftigten dienenden Vorschriften
- schweren Umweltschäden oder Interessenskonflikten

Folgende Information und Meldungen sind nicht vom Hinweisgebersystem erfasst:

- Hinweise auf Themen wie Unzufriedenheit mit dem Gehalt
- Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen KollegInnen
- Verstöße gegen die Raucher- und Alkoholpolitik. Diese sollten über die üblichen internen Kanäle und Meldewege erfolgen.

Diese nicht über das Hinweisgebersystem behandelten Hinweise werden nicht weiterbearbeitet. Der Begriff "Organisation" bezieht sich auf das Unternehmen, bei dem die Meldung eingeht.

7. Welche Daten werden bei Nutzung des Hinweisgebersystems erfasst und wie erfolgt der Umgang mit diesen Daten?

7.1 Protokolldaten bei anonymer Meldung

Die Eintragung von Meldungen in das Hinweisgebersystem erfolgt grundsätzlich anonym, soweit Sie sich für die Abgabe einer anonymen Meldung entscheiden. In diesem Fall wird ausschließlich die Meldung selbst aufgezeichnet. Es erfolgt keine Protokollierung der IP-Adresse oder der Geräte-ID des Computers, auf dem die Meldung verfasst wurde.

7.2 Personenbezogene Daten im Rahmen der Meldung

Entscheiden Sie sich für die Angabe Ihrer Kontaktdaten, so finden Sie im System folgende dafür vorgesehenen Felder:

- Name
- Telefonnummer
- E-Mail

Wenn Sie personenbezogene Daten zur Verfügung stellen, **muss Ihnen bewusst sein**, dass die Organisation Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der Untersuchung des Falles und auch bei einem daraus resultierenden Gerichtsverfahren verwenden kann.

Die Organisation garantiert, dass das Recht auf Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ohne Einschränkungen respektiert wird und diese nur wie oben beschrieben verwendet werden.

Die Organisation gibt Ihre personenbezogenen Daten nicht an Dritte außerhalb der Organisation weiter, außer in den in folgendem Abschnitt dargestellten Fällen.

7.3 Weitergabe eingetragener Informationen

Die in das Hinweisgebersystem eingetragenen Informationen werden im Allgemeinen nicht an Dritte außerhalb der Organisation weitergeben. In den folgenden Fällen kann jedoch eine Weitergabe erfolgen:

- Weitergabe an einen externen Rechtsanwalt im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Meldung
- Wenn die Meldung in ein Gerichtsverfahren mündet
- Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen

7.4. Eingetragene Informationen ändern

Wenn Sie feststellen, dass Sie unvollständige oder falsche Informationen gegeben haben, erstellen Sie bitte umgehend eine neue Meldung im System, in der Sie sich auf Ihre vorhergehende Meldung beziehen und Ihre Angaben korrigieren. Über das Meldesystem können Sie Änderungen jederzeit vornehmen, indem Sie sich mit dem Meldeschlüssel unter dem Punkt „Meldung nachverfolgen“ anmelden. Haben Sie den Meldeschlüssel vergessen, erstellen Sie bitte eine neue Meldung und nehmen Sie Bezug auf die bereits von Ihnen abgegebene Meldung.

7.5. Löschung eingetragener Daten

Die eingetragenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie diese benötigt werden. Wenn eine weitere Speicherung der eingetragenen Informationen nicht mehr notwendig ist, werden die Informationen gelöscht.

8. Grundsätze der Fallbearbeitung

Wir nehmen alle Hinweise und Berichte über Verstöße, welche über das Hinweisgebersystem gemeldet werden, ernst und leiten umgehend eine Falluntersuchung ein.

Die Untersuchung wird durch den Meldestellenverantwortlichen geleitet. Die mit einer solchen Untersuchung betrauten Personen werden objektiv an die Sache herangehen und durch Gespräche und Prüfung der Unterlagen die Fakten ermitteln, sich mit den MitarbeiterInnen in Verbindung setzen, die möglicherweise Kenntnisse über den angeblichen Vorfall haben. Bitte beachten Sie, dass im Rahmen der Untersuchungen von Meldungen und Hinweisen auch Rückfragen aus der Fallbearbeitung heraus nötig sein können. Diese Rückfragen werden wir stets über das Meldesystem an Sie stellen. Bitte notieren Sie sich daher ihren Meldeschlüssel und schauen Sie regelmäßig in das Meldesystem unter „Meldung nachverfolgen“.

9. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung im Hinweisgebersystem

Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der die Organisation unterliegt. Sie ist zur Einrichtung und Betrieb eines Hinweisgebersystems rechtlich verpflichtet.

Weiterhin ist die Datenverarbeitung notwendig, um im Umgang mit Unregelmäßigkeiten berechnigte Interessen der Organisation zu wahren.

Die Verarbeitung ist zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder bei Handlungen der Gerichte im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit erforderlich.

10. Ihre Betroffenenrechte im Überblick

Soweit Sie im Rahmen Ihrer Meldung über das Hinweisgebersystem ihre personenbezogenen Daten angeben und somit nicht anonym bleiben, haben Sie als betroffene Person nach den Regelungen der DSGVO Antragsrechte, die im Zusammenhang mit ihren personenbezogenen Daten geltend gemacht werden können. So besteht ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit sowie einzelne Widerspruchsrechte und ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde. Im Folgenden geben wir Ihnen einen Überblick, über die einzelnen Rechte sowie deren Fristen.

10.1. Fristen für die sogenannten Antragsrechte gemäß Art. 15 - 21 DSGVO

Wir als Verantwortlicher werden etwaige Anträge gemäß den Artikeln 15 - 21 DSGVO dem Betroffenen innerhalb einer Frist von einem Monat nach Eingang beantworten. Diese Frist kann um weitere zwei Monate verlängert werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Komplexität und der Anzahl von Anträgen erforderlich ist. In diesem Fall geben wir Ihnen innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Antrags über die Inanspruchnahme der Fristverlängerung Bescheid. Stellt die betroffene Person den Antrag elektronisch, so werden wir sie nach Möglichkeit auf elektronischem Weg beantworten, sofern Sie nichts Anderes angeben.

10.2 Antragswege

Etwaige Anträge können Sie auf dem Postweg oder per E-Mail stellen. Die Kontaktadresse finden Sie unter Teilziffer 4 dieser Erklärung.

10.3 Auskunftsrecht der betroffenen Person gemäß Art. 15 DSGVO

Eine betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie weiterführender Information wie in Art. 15 DSGVO beschrieben.

Bitte beachten Sie, dass der Verantwortliche nur Auskunft geben kann, wenn gegen die Identität des Betroffenen keine Bedenken bestehen. Der Verantwortliche wird alle vertretbaren Mittel nutzen, um die Identität einer Auskunft suchenden betroffenen Person zu überprüfen.

10.4 Recht auf Berichtigung gemäß Art. 16 DSGVO

Eine betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat der Betroffene das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

10.5 Recht auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO

Eine betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, wenn die Voraussetzungen wie in Art. 17 DSGVO aufgeführt erfüllt sind.

10.6 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn die Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO gegeben sind.

10.7 Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO

Eine betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat in einem wie in Art. 20 DSGVO beschriebenen Format zu erhalten oder einen anderen Verantwortlichen nach Weisung durch den Betroffenen übermitteln zu lassen, sofern die Voraussetzungen wie in Art. 20 DSGVO beschrieben, gegeben sind.

10.8 Widerspruchsrecht gemäß Art. 13 Abs. 2 Buchstabe c DSGVO

Wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Betroffenen durch den Verantwortlichen auf Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO [Die betroffene Person hat Ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben] oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO beruht [Die betroffene Person hat Ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden besonderen Kategorien personenbezogener Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben], hat der Betroffene ein Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Ihren Widerruf können Sie auf dem Postweg oder per E-Mail erklären. Die Kontaktadresse finden Sie unter Teilziffer 4 dieser Erklärung.

11. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DSGVO

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder des Unternehmenssitzes wenden.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet der Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde sowie der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Die für uns zuständige Datenschutzbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Hausanschrift:

Postanschrift:

Lautenschlagerstraße 20

Postfach 10 29 32

70173 Stuttgart

70025 Stuttgart

Deutschland

Deutschland

Weitere Informationen im Internet unter www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de .

12. Aktualität dieser Datenschutzerklärung

Aus rechtlichen oder technischen Gründen können Anpassungen unserer Datenschutzerklärung erforderlich werden. Wir behalten uns vor, jederzeit entsprechende Änderungen vorzunehmen und bitten Sie daher sich in regelmäßigen Abständen in dieser Datenschutzerklärung über den aktuellen Stand zu informieren.

Stand: September 2023